

Legislaturhalbzeit 2023 bis 2025 – Bilanz zu den Erfolgen der SVP-Fraktion



Trotz der Mitte-links-Mehrheit im Bundesparlament hat die SVP in der ersten Hälfte der 52. Legislatur durch unermüdlichen Einsatz und konsequente Sachpolitik, insbesondere in der Asylpolitik, wichtige Erfolge für die Schweizer Bevölkerung erzielt.



Kampf gegen Asylikriminelle

Überall in Europa wurden Grenzkontrollen eingeführt und die Asylpolitik massiv verschärft. SP-Asylvorsteher Beat Jans macht nichts für die Schweizer Bevölkerung! Dank der SVP gibt es kein Asylverfahren und kein Bleiberecht (24.3716/24.4429) und auch keine Bewegungsfreiheit mehr für Asylikriminelle (24.3734/24.4495). Den Schutzstatus S gibt es nur noch für wirklich Schutzbedürftige (24.3022/24.3035/24.3378). Und der Datenschutz für Illegale wird aufgehoben (24.3059/24.3498). Viele SVP-Forderungen lehnte das Mitte-links Parlament jedoch ab – so dürfen abgelehnte Asylbewerber weiterhin ihre Familien nachziehen (24.3057/24.3511). Und nur knapp scheiterte Mitte-links im Ständerat mit der Forderung nach Lockerung des Familiennachzugs für Angehörige von eingebürgerten Ausländern aus Drittstaaten (19.464).



Ausschaffungsinitiative von 2010 erst teilweise umgesetzt

Nachdem die Ausschaffungsinitiative (09.060) am 28. November 2010 durch Volk und Stände angenommen wurde, dauerte es 14 (!) Jahre, bis der Bundesrat am 26. November 2024 erste Zahlen zu den Wegweisungen und Landesverweisungen bekanntgeben konnte. Zahlreiche Zahlen bleiben jedoch weiterhin unter Verschluss: Noch immer ist unklar, wie viele der gegen erwachsene kriminelle Ausländerinnen und Ausländer ausgesprochenen Landesverweise effektiv pro Kanton vollzogen wurden. Nach bereits 31 Anfragen an den Bundesrat («Strichli-Liste») wird die SVP auch hier nicht locker lassen.



Keine Anbindung an die Krisen-EU

Einzig die SVP kämpft vehement gegen die EU-Anbindung. In der Vernehmlassung hat sie die über 2'000 Seiten EU-Verträge und die 20'000 Seiten EU-Richtlinien genau analysiert. Das Ergebnis: Der geplante EU-Vertrag käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Insbesondere die Verpflichtung zur zwingenden EU-Rechtsübernahme und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden Grundwerte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Der EU-Pakt missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus.



Nein zur 10-Millionen-Schweiz!

Nach dem Wahlsieg der SVP 2023 war der Wählerauftrag klar: Die Bevölkerung hat genug von der masslosen Zuwanderung. Die verheerenden Folgen spürt sie täglich: Steigende Mieten und Wohnungsknappheit, Lohndruck und sinkende Kaufkraft, Stau und überfüllte Züge, Zubetonierung unserer Landschaft, Verlust von Identität und Heimat, mehr Gewalt und importierte Kriminalität, sinkende Bildungsqualität und Zuwanderung in den Sozialstaat. Erfolgreich war die SVP beim Nicht-Beitritt der Schweiz zum UNO-Migrationspakt (21.018). Doch weil die anderen Parteien nichts gegen die masslose Zuwanderung unternehmen, hat die SVP am 3. April 2024 die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» eingereicht (25.026). Nun hat das Volk das letzte Wort.



Tiefere Steuern und Abgaben

Nach drei erfolglosen Anläufen trug die SVP massgeblich zu einer mehrheitsfähigen Vorlage zur Abschaffung des Eigenmietwerts bei (17.400/22.454). Auch bei der Abschaffung der Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer will die SVP die Bürgerinnen und Bürger entlasten: Ja zum bewährten Splitting-Modell (25.018) und Nein zur Mehrbelastung der Familien mit dem Bürokratiemonster Individualbesteuerung (24.026).



Importierte Kriminalität: SVP sorgt für Transparenz

Die Kriminalität explodiert: Laut Kriminalstatistik wurden 2024 über 563'000 Straftaten begangen – 8% mehr als 2023. Schwere Gewaltstraftaten haben um fast 20% zugenommen, Vergewaltigungen um 29,4%, Raubüberfälle um fast 10%. 58% der Straftaten gehen auf das Konto von Ausländern, was die Behörden und die linken Medien vertuschen. Dank der SVP bröckelt die Mauer des Schweigens: Ihre Fraktion brachte im Nationalrat durch, dass die Nationalität der Täter genannt werden muss (24.463).



Erhalt des Schweizer Wohlstands

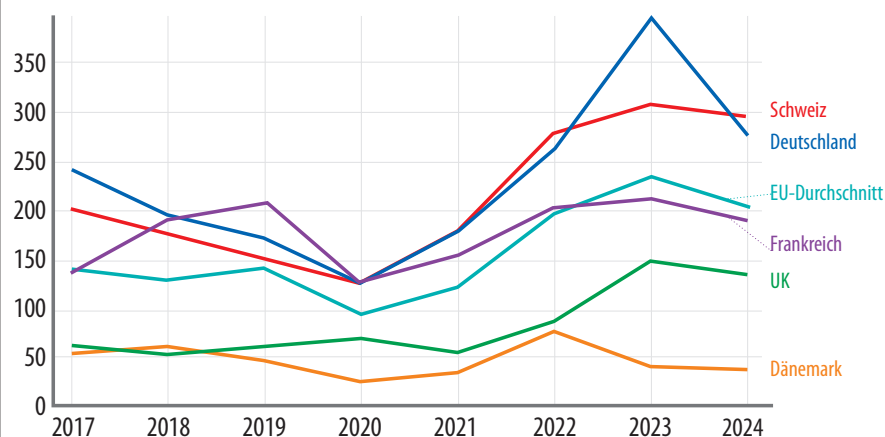
Die SVP verteidigt die Schuldenbremse konsequent. Eine Schuldenwirtschaft wie in den umliegenden EU-Staaten darf keinesfalls auch in der Schweiz Einzug halten. Umso dringender fordert die SVP, das Staatswachstum zu dämpfen, insbesondere bei der Entwicklungszusammenarbeit, im Asylbereich und beim Eigenaufwand. Weiter setzt sich die SVP konsequent für eine freiheitliche Wirtschaftspolitik ein und bekämpft entschieden neue Regulierungen, die der Wirtschaft schaden.

Die anderen Parteien und SP-Bundesrat Jans unternehmen nichts gegen das Asyl-Chaos

Faktisch alle europäischen Länder gehen konsequent gegen die illegale Migration vor. Sie kontrollieren seit geraumer Zeit ihre Grenzen wieder und verschärfen ihre Asylpolitik massiv. Nur SP-Asylvorsteher Beat Jans betreibt Arbeitsverweigerung. **Das Resultat:** Die Schweiz hat heute im europäischen Vergleich pro 100'000 Einwohner die höchsten Asylzahlen (siehe Grafik).

2024 kamen erneut knapp 30'000 sogenannte «Asylsuchende» in unser Land. Dabei handelt es sich vor allem um junge muslimische Männer. Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz mehr als eine halbe Million Asylgesuche gestellt – die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden und in der Regel über sichere Drittstaaten in die Schweiz. Trotzdem bleiben sie hier: Per Ende 2024 zählte der Asylbereich über 200'000 Personen. Die Folgen sind verheerend: **Kosten und Kriminalität explodieren.** 2021 gab der Bund für den Asylbereich 1,5 Milliarden Franken aus. Inzwischen sind es bereits 3,8 Milliarden.

Asylgesuche in europäischen Ländern Umgerechnet auf 100'000 Einwohner



Quelle: Eurostat, Home Office, ONS © Blick Grafik

In der laufenden Legislatur konnte die SVP-Fraktion in 5 ausserordentlichen Sessionen wichtige Erfolge erzielen. Die meisten ihrer Forderungen wurden jedoch von der Mitte-links-Mehrheit im Parlament abgelehnt, **wie die folgende Übersicht zeigt:**

Session	Forderung	Beschluss Parlament
Wintersession Dezember 2023	Korrektur der Praxisänderung in Bezug auf die vereinfachte Gewährung von Asyl für Afghaninnen (23.4241 / 23.4247)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
Frühjahrssession März 2024	Schutz der Schweizer Landesgrenzen durch Grenzkontrollen (23.4472 / 23.4448)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Kein Asyl für Staatsbürger aus Europaratsstaaten (23.4401 / 23.4534)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
Herbstsession September 2024	Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) (24.3503 / 24.3513)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Asylsuchende, die ein sicheres Land durchqueren, sind keine Flüchtlinge (24.3056 / 24.3515)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Kein Familiennachzug für vorläufig aufgenommene Personen ohne Anrecht auf Asyl (24.3057 / 24.3511)	Annahme im Nationalrat aber Ablehnung im Ständerat = Forderung gescheitert
	Schaffung von Transitzonen zur Durchführung sämtlicher Asylverfahren (24.3058 / 24.3516)	Ablehnung im Nationalrat
	Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren (24.3059 / 24.3498)	Annahme in Nationalrat und Ständerat = der Bundesrat muss die Forderung nun umsetzen
Frühjahrssession März 2025	Von Dänemark und Schweden lernen: Familiennachzug auf die Interessen der Schweiz ausrichten (24.4320 / 24.4444)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Wer über sichere Drittstaaten einreist, wird an der Grenze zurückgewiesen (24.4321 / 24.4318)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Bevölkerung schützen. Kein Asylverfahren und kein Bleiberecht für Verbrecher (24.3716 / 24.4429)	Annahme in Nationalrat und Ständerat = der Bundesrat muss die Forderung nun umsetzen
	Bevölkerung schützen. Bewegungsfreiheit von Asyl-kriminellen konsequent einschränken (24.3734 / 24.4495)	Annahme in Nationalrat und Ständerat = der Bundesrat muss die Forderung nun umsetzen
Herbstsession September 2025	Von Schweden und Dänemark lernen, Asyl nicht mehr unbefristet gewähren. Zurück zum Kerngehalt des Asylrechts (24.4588 / 25.3743)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Aufhebung des Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine (25.3602 / 25.3738)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Resettlement aussetzen, bis das Asylsystem stabilisiert ist (25.3601 / 25.3625)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat
	Dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen für vorläufig Aufgenommene erst nach 10 Jahren (25.3274 / 25.3689)	Ablehnung in Nationalrat und Ständerat

Keine 10-Millionen-Schweiz: Nachhaltige statt masslose Zuwanderung

Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit ist die Schweizer Bevölkerung um über 1,5 Millionen Personen gewachsen. Die wichtigsten Treiber sind die masslose Zuwanderung und die illegale Asylmigration.

Völlig falsche Prognosen: Der Bundesrat versprach vor der Abstimmung zur EU-Personenfreizügigkeit, es würden pro Jahr **rund 8'000 Personen zusätzlich** in die Schweiz kommen. Eine krasse Irreführung der Stimmbevölkerung: Durchschnittlich kamen **rund 50'000 EU-/EFTA-Personen** netto in die Schweiz – pro Jahr!

Gemäss den Prognosen des Bundesrates wären nur rund 144'000 EU-Zuwanderer netto in die Schweiz gekommen. Tatsächlich kamen netto 902'886 Zuwanderer (seit 2007/volle Personenfreizügigkeit). Das sind **netto 758'886 mehr EU-Zuwanderer als vom Bundesrat prognostiziert!**

Dazu wurden seit 2000 über eine halbe Million Asylgesuche gestellt. Jedes Jahr kommen **zehntausende Asyl-Schmarotzer und Asyl-Kriminelle** aus der ganzen Welt zu uns. Die Mehrheit bleibt. Diese gefährliche Asyl-Migration muss gestoppt werden.

Wohnungsnot: «Mietpreise in der Schweiz 2024 – stärkster Anstieg seit 20 Jahren»¹

Die Mieten werden immer teurer. Zudem können sich die meisten Schweizerinnen und Schweizer kein Wohneigentum mehr leisten. **Wird zu wenig gebaut in der Schweiz?** Nein. Es wird zu viel eingewandert. Der Wohnungsbau kommt der massiven Zuwanderung nicht mehr hinterher. Hier die Fakten:

- 2001 wurden 28'873 Wohnungen neu gebaut.
- 2020 wurden 49'314 Wohnungen neu gebaut.
- Das ist ein Plus von 71 Prozent!

Sinkendes Bildungsniveau: «Massive Probleme bei Einschulung: Jedes dritte Kind kann nicht richtig Deutsch!»²

Je mehr fremdsprachige Kinder desto tiefer das durchschnittliche Bildungsniveau. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die keine der Landessprachen sprechen, bei über 50 %. Studien besagen, dass ab einem **Anteil von 30 % fremdsprachiger Kinder ein qualitativ guter Schulunterricht kaum mehr möglich** ist. Ein Viertel der Schweizer Schulabgänger kann nicht richtig lesen.

Was will die SVP-Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»?

- eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, statt einer Bevölkerungsexplosion aufgrund der ungesteuerten Zuwanderung;
- eine Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf.

Wie soll das erreicht werden?

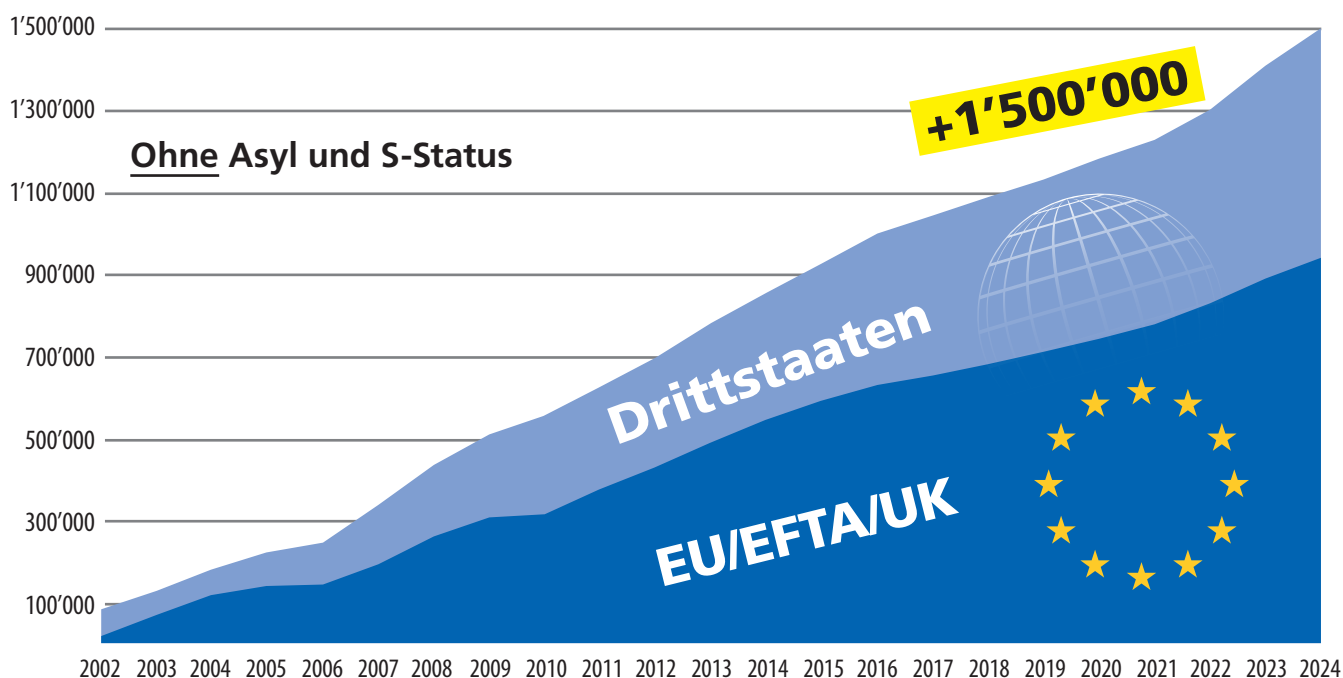
- Bund und Kantone werden verpflichtet, Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu treffen.

Falls die ständige Wohnbevölkerung vor 2050 die Zahl von 9,5 Millionen überschreitet:

- müssen Bundesrat und Parlament insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug Massnahmen umsetzen;
- erhalten «vorläufig Aufgenommene» (= Asylanten mit negativem Asylentscheid) keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung mehr;
- muss der Bundesrat internationale Abkommen, die das Bevölkerungswachstum antreiben, neu verhandeln oder griffige Schutzklauseln aushandeln und umsetzen.

¹ Mietpreise in der Schweiz 2024: Stärkster Anstieg seit 20 Jahren - News - SRF, ² Jedes dritte Kind fällt Deutsch richtig schwer - Blick

Jahr für Jahr neue Rekorde bei der Zuwanderung seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Wanderungssaldos der ständigen ausländischen Bevölkerung, SEM.

Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte – dafür setzt sich die SVP-Fraktion ein

Die nächsten zwei Jahre werden entscheidend für die Zukunft unserer Heimat Schweiz: Unabhängigkeit oder EU-Unterwerfung. Freies Stimmrecht oder EU-Diktat. Schweizer Willensnation oder Krisen-EU im Schuldensumpf. Die SVP setzt sich mit aller Kraft gegen die geplante EU-Anbindung der Schweiz zur Wehr. Zusätzlich gilt es, die masslose Zuwanderung zu begrenzen und endlich den Asylmissbrauch zu unterbinden.



Für eine freie und sichere Schweiz

Die Bekämpfung des EU-Unterwerfungsvertrags ist der wichtigste Kampf der SVP seit der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EU-Wirtschaftsraum im Jahr 1992, der bei einer Stimmbeteiligung von 78.7 Prozent von der Mehrheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger und von 18 der 26 Kantone abgelehnt wurde. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag wollen heimatmüde Schweiz-Verräter in Politik und Verwaltung erneut die Freiheit der Schweiz aufgeben und unser Land an die sich wie eine Krake in immer mehr Bereiche ausdehnende, geldgierige und machthungrige EU anbinden. Der EU-Vertrag würde die Preisgabe der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der weltweit einzigartigen direkten Demokratie und der immerwährenden Neutralität bedeuten.



Sichere und bezahlbare Stromversorgung

Die SVP fordert, dass auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Stromversorgung sichergestellt ist. Dies für den Fall, dass die Wasser- und Solarkraft nicht im gewünschten Mass ausgebaut werden kann und es zu wenig Fortschritte bei der saisonalen Speicherung von Strom gibt. Der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Blackout stoppen» will das Rahmenbewilligungsverbot für Änderungen bestehender und für neue Kernkraftwerke aufheben. Dies garantiert eine sichere und bezahlbare Stromversorgung.



Eigenständige Steuerung der Zuwanderung

Seit dem 9. Februar 2014 lautet Artikel 121a der Schweizerischen Bundesverfassung: Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig mittels jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten. Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen. Trotz dieses klaren Volksauftrags haben sich FDP und SP gemeinsam ins Lotterbett gelegt und die Umsetzung dieses klaren Verfassungsauftrags sabotiert. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag soll nun die Zuwanderung durch Übernahme der EU-Unionsbürgerrichtlinie gegenüber heute sogar noch ausgeweitet werden. Das Schweizer Volk kann diese Volksaufträge verachtende Politik mit einer Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026) korrigieren, die in der zweiten Legislaturhälfte zur Abstimmung kommt.



Immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität

Dank der Neutralität konnten Kriege von der Schweiz abgewendet und der Frieden während Jahrhunderten gewahrt werden. Die Neutralität ist der beste Schutzschild für die Schweizer Bevölkerung. Voraussetzung dieser Kriegsverhinderung sind Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen. Mit der «Neutralitätsinitiative» wird verhindert, dass die Schweiz durch die Hintertüre der Nato- oder der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik beitrifft. Gleichzeitig wird die bewährte Schweizer Neutralität auf Verfassungsstufe verankert.



Mehr Geld für den Schweizer Mittelstand

Die links-grüne Politik schwächt die Kaufkraft des hart arbeitenden Mittelstands. Die SVP setzt sich vehement für tiefere Steuern und Abgaben ein. So unterstützt sie die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» (24.060), sie lehnt die ideologische «Klimafonds-Initiative» (25.022) ab und sie bekämpft die Erhöhung der Lohnabzüge oder der Mehrwertsteuer für die Finanzierung der 13. AHV-Rente (24.073). Auch höhere Energie- und Klimaabgaben lehnt die SVP entschieden ab.



Asylmissbrauch stoppen!

In fünf ausserordentlichen Sessionen gegen den Asylmissbrauch erreichte die SVP seit Legislaturbeginn einzelne Teilerfolge. Ihre zentralen Forderungen, kein Asyl für illegale Migranten, kein Bleiberecht für Personen mit abgelehntem Asylgesuch und systematische Kontrollen an den Schweizer Landesgrenzen wurden jedoch von FDP und Mitte-links abgelehnt. Bis spätestens September 2026 muss der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zur Grenzschutzinitiative «Asylmissbrauch stoppen!» unterbreiten. Anschliessend werden Volk und Stände an der Urne über die dringend nötige Neuausrichtung der Schweizer Asylpolitik entscheiden.

svp.ch

